

## **6. Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II**

Postulat Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Paul von Euw (SVP, Bauma) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 240/2022, Antrag auf Dringlichkeit

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Wahl- und Abstimmungsumfragen, Statistiken belegen deutlich, dass die Mehrheit aller Lehrpersonen seit den 60er-Jahren eher links-grün denken, das müssen Sie nicht abstreiten. Ausnahmen bestätigen die Regel. Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen zeigen, dass es dabei nicht allen gelingt, sich neutral zu verhalten, den ihnen ausgelieferten Kindern und Jugendlichen aus bürgerlichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen Elternhäusern gegenüber unvoreingenommen, achtsam, beziehungsbedacht, offen zu begegnen. Immer wieder kommt es zu Propaganda-Äusserungen, zu Reklame, zu Aushängen in Schulen; etwas, das im Militär übrigens, wenn ein Vorgesetzter den ihm ausgelieferten Rekruten politische Propaganda verteilen würde, im Arrest enden könnte.

Dass die Sache an Mittelschulen untersucht wird, ist wichtig. Dass es gar dringlich ist, hat zwei Gründe: Die Kantone Aargau und Solothurn geben dieselbe Studie in Auftrag. Wenn wir pressieren, ergibt sich, erstens, Kosteneffizienz durch Synergien und, zweitens, können die Resultate in einem überkantonalen, fast schon gesamtschweizerischen Kontext gewürdigt und verglichen werden. Dieser Zug fährt ab und deshalb müssen wir pressieren mit dem Aufspringen. Mit dem Rhythmus unserer Fraktionssitzungen und den Sommerferien ist der Weg über diese Debatte – Vorstoss einreichen und parallel dazu in anderen Fraktionen behandeln – die schnellste Möglichkeit, den Zug noch zu erwischen. Ich hoffe, Sie machen mit und unterstützen die Dringlichkeit. Danke vielmals. Die Dringlichkeit ist also im Verlauf des Geschäftes begründet und eigentlich nicht im Materiellen, denn der Missstand besteht schon seit Jahrzehnten.

*Rafael Mörgeli (SP, Stäfa):* Ein Gespenst geht um, ein Gespenst, das wir seit dem Kalten Krieg eigentlich hinter uns gelassen haben meinten: die Gesinnungspolizei. Wir werden ja später darüber reden, dass die Gesinnungsbefragung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II unsinnig ist und dass eine Studie dazu nur unnötige Kosten verursachen würde. Heute gilt es ja nur darüber zu entscheiden, ob Dringlichkeit gegeben ist. Die Antwort der SP-Fraktion ist Nein, Dringlichkeit besteht nicht.

Die Lehrpersonen auf der Sekundarstufe II unterrichten, unabhängig von ihrer Gesinnung, schon seit Jahren politisch neutral und werden das auch in Zukunft tun. Beim Fehlentscheid im Aargau mitzumachen, ist ein Schnellschuss und ein Mittel, dieses Non-Thema in den Medien zu halten. Zudem: Der Kalte Krieg ist

vor über 30 Jahren zu Ende gegangen. Es ist ziemlich ironisch, eine Idee aus dieser Zeit als dringlich erklären zu wollen. Wir bitten Sie, den Antrag auf Dringlichkeitsklärung aus den genannten Gründen abzulehnen. Vielen Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Die Postulanten referieren hier auf eine nicht repräsentative Umfrage von drei Aargauer Maturanden, alles Jungfreisinnige. Und Sie meinen also, die Umfrage sei politisch neutral? Interessant, wenn man diese Umfrage durchliest, ist, dass über 80 Prozent der Unterrichtsinhalte von den Schülerinnen und Schülern als völlig objektiv beurteilt worden sind und dass die grosse Ausnahme nur die Geografie ist. Offenbar ist also für einen Teil der Befragten der Klimawandel und seine menschlichen Ursachen, Thema der Geografie, ein politisches Thema. Na ja, kann ich als Grüner nur sagen. Und was man da auch noch lesen kann: Für Schülerinnen und Schüler sind Peers, also die Klassenkameradinnen und -kameraden, für die Meinungsbildung bedeutender als die Lehrpersonen. Damit bestätigt sich, was NZZ-Redaktor Zeno Geissler in einem geistreichen Kommentar fordert, nämlich: «Die Schule soll Werte vermitteln aber politisch keine Stellung beziehen?» Diese Forderung sei unrealistisch. Viel wichtiger sei, schreibt er, dass die Kinder und Jugendlichen lernen zu erkennen, wenn sie manipuliert werden, und zwar nicht nur in der Schule. Die Postulanten stellen also die völlig falsche Frage. Wir müssen doch keine teure Studie anfertigen, um herauszufinden, ob unsere Schulen neutral beziehungsweise ausgewogen genug sind. Es wäre viel wichtiger zu wissen, ob sie als kritische Geister in den Schulen genügend ausgebildet werden, um dann den späteren Herausforderungen der Manipulation ausserhalb der Schule wirklich kritisch begegnen und diese selbstständig und autonom analysieren zu können, um sich dann eine eigene Meinung bilden zu können. Wir wollen Schülerinnen und Schüler, die selber denken, und das müssen wir ausbilden. Für eine Dringlichkeit sehen wir keinen Anlass. Ich danke Ihnen.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Ich sehe durchaus die Dringlichkeit. Es ist sicher sinnvoll, wenn in der Mittelschulausbildung auch politische Themata einfach auf den Tisch kommen, zum Beispiel – es wurde genannt –, was man unter Klimawandel versteht, und so weiter. Natürlich darf man das nicht völlig ausklammern, aber das Problem ist die politische Färbung des Unterrichts, in dem Sinne so weitgehend, dass Schüler, die es dann nicht dieser Richtung entsprechend nachvollziehen, benachteiligt sind. Es darf nicht sein, dass wir die Mittelschule als eine reine Kaderschmiede einer politischen Richtung verstehen. Die Mittelschule soll offen sein, soll neutral sein. Die Sekundarschule darf keineswegs Schüler benachteiligen, die eine vielleicht konservative, vielleicht einfach bürgerliche Haltung einnehmen. Ich hoffe, dass das auch die Kollegen von der linken Ratsseite nachvollziehen können. Wir wollen keine Gesinnungspolizei, aber wir wollen einen neutralen Schulunterricht, auch keine Verunglimpfung von linken Theorien, sondern einfach Neutralität. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 240/2022 stimmen 70 Ratsmitglieder.** Die Dringlicherklärung ist somit zustande gekommen. Der Regierungsrat hat zum dringlichen Postulat innert fünf Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.